

## **Bericht**

### **des Haushaltsausschusses**

über die Drucksache

**19/1693: Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH  
(HWW)  
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **Ralf Niedmers**

Schriftführung: **Dr. Peter Tschentscher**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Drucksache wurde am 22. Januar 2009 auf Antrag der SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Umweltausschuss überwiesen. Der Umweltausschuss befasste sich am 26. März 2009 mit der Vorlage; die Stellungnahme ist als **Anlage** beigefügt. Der Haushaltsausschuss beriet die Drucksache in seiner Sitzung am 14. April 2009 abschließend.

#### **II. Beratungsinhalt**

Die SPD-Abgeordneten erklärten sich mit der Anhebung des Wasserpreises nicht einverstanden und stellten fest, dass es in früheren Zeiten möglich gewesen sei, lange ohne Wasserpreiserhöhungen auszukommen. Seitdem die CDU regiere, sei jedoch zu konstatieren, dass der Wasserpreis in sehr kurzen Intervallen angehoben werde. Bekannt sei, dass es eine Abgabe an den Hamburger Haushalt gebe und es könne vermutet werden, dass diese das Korsett für die Anhebung bilde. Die Hamburgerinnen und Hamburger gingen mit Wasser sehr sparsam um, was die Verbrauchszahlen der letzten Jahre belegte. Dies ziehe nach sich, dass die Umsatzerlöse entsprechend geringer ausfielen, was wiederum Auswirkungen auf die Gewinnerwartung habe. Die SPD-Abgeordneten fragten nach, ob dies die Ursache für die aktuelle Preiserhöhung sei.

Die Senatsvertreter widersprachen der geäußerten Auffassung, dass in sehr kurzen zeitlichen Abständen Anhebungen des Wasserpreises erfolgt seien. Der Vergleich der Wasserpreise mit denen anderer deutscher Großstädte lasse erkennen, dass Hamburg relativ niedrige Wasserpreise erhebe. Die Erhöhungen der Jahre 2004 und 2006 seien in wohl dosierten Abständen erfolgt und auf Teuerungsraten durch steigende Energiekosten und Tarifierhöhungen zurückzuführen. Zur Gewinnabführung führten die Senatsvertreter aus, dass diese an den Haushalt geleistet werde. Ertragsstarke öffentliche Unternehmen seien erwünscht und die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) erfreue sich einer hohen Akzeptanz, weil sie in den vergangenen Jahren moderate Wasserpreise erhoben habe und darüber hinaus ein Unternehmen sei, das nicht an Investitionen in die eigenen Infrastrukturen spare.

Zur Frage der Auswirkungen einer Senkung des Wasserverbrauchs auf die Preisentwicklung führten die Senatsvertreter aus, dass dies keine singuläre Entwicklung der Jahre 2008 und 2009 sei, sondern als Trend bewertet werden müsse, der seit 15 Jahren anhalte. Durch Maßnahmen zur Kostensenkung, Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit werde versucht, den Folgen des Verbrauchsrückgangs entgegenzuwirken. Darüber hinaus werde der Versuch unternommen, mit Wasserwerken im Hamburger Umland weitere Lieferverträge abzuschließen, um die Folgen abzufedern. Im vergangenen Jahr habe ein Tarifereignis die Bereitstellung von 1,7 Millionen Euro erforderlich gemacht und hohe Energiekostensteigerungen hätten Kosten in Höhe von circa 1 Million Euro nach sich gezogen. Zudem sei das Bilanzmodernisierungsgesetz kostentreibend, weil hierdurch 2 Millionen Euro für die Pensionsrückstellungen eingeplant werden müssten. Der Wasserpreis drücke zwar auf die Erlöse, sei aber nicht ursächlich für die aktuelle Preisanhebung.

Die SPD-Abgeordneten fragten, ob die Gewinnabführung an die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) erfolge, was seitens der Senatsvertreter bejaht wurde. Die SPD-Abgeordneten äußerten Verständnis für die skizzierten Kosten, kritisierten jedoch, dass sie keine Einblicke in die Entwicklung auf der Ertragsseite erhielten, was eine Abwägung aus ihrer Sicht schwierig erscheinen lasse.

Die Senatsvertreter erwiderten, dass Einmaleffekte wie das Geschäft mit dem Wasserwerk Haseldorfer Marsch nicht in Betracht gezogen werden dürften, weil es vielmehr darum gehe, wie das Unternehmen strukturell auf seiner Einnahmenseite ausgestattet sei. Angestrebt werde die Schaffung einer gesunden Struktur, die dem Unternehmen dauerhaft eine Ertragsstärke wie die derzeitige sichere.

Die SPD-Abgeordneten gingen auf die Abführung in Höhe von 39 Millionen Euro ein und stellten die Frage, warum unbedingt dieser Betrag abgeführt werden müsse und ob es nicht sinnvollerweise in die Hände der Politik gelegt werden solle, über die Höhe der Abführung zu entscheiden. Betroffen von der Erhöhung der Wasserpreise sei nicht zuletzt eine große Anzahl von Menschen, die unter der international festgesetzten Armutsgrenze lebe. Auf die privatwirtschaftlich erhobenen Preise könne kein Einfluss genommen werden – die Einflussnahme auf ein öffentliches Unternehmen müsse jedoch möglich sein, indem diskutiert werde, ob die Abführungen an die HGV auch reduziert werden könnten.

Die Senatsvertreter stellten klar, dass mit der Preiserhöhung für einen Durchschnittshaushalt eine monatliche Mehrbelastung von 35 Cent entstehe, was äußerst überschaubar sei und keine soziale Schieflage verursache. Zudem werde eine Gegenleistung in Form von Wasser höchster Qualität geliefert, was beweise, dass Leistung und Gegenleistung in einem sehr angemessenen Verhältnis stünden.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE wiesen darauf hin, dass die vorliegende Stellungnahme des Umweltausschusses sehr wohl erkennen lasse, dass in der Summe die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Preiserhöhungen durchaus nennenswert seien. Wie in der Stellungnahme ausgeführt werde, sei durch den Tarifabschluss und die erforderlichen Pensionsrückstellungen mit einer Mehrbelastung im Umfang von 6 Millionen Euro zu rechnen. Diese sollten durch eine 3,5-prozentige Wasserpreisanhebung aufgefangen werden, was dazu beitrage, die Ertragssituation im Ergebnis unverändert zu lassen. Sie merkten an, dass die erforderlichen 6 Millionen Euro auch aus den bisherigen Überschüssen finanziert werden könnten, was das Unternehmen nicht in sonderliche Schwierigkeiten bringen würde.

Die Senatsvertreter merkten an, dass eine solche Vorgehensweise eine Schwächung der Ertragskraft der öffentlichen Unternehmen nach sich zöge und zur Folge hätte, dass die Unternehmen ihren öffentlichen Auftrag, nämlich die Daseinsvorsorge und die Sicherung einer hohen Wasserqualität bei Wahrung ökonomischer und ökologischer Aspekte, nicht mehr gewährleisten könnten.

Die SPD-Abgeordneten gingen darauf ein, dass für das Jahr 2008 ein Unternehmensergebnis in Höhe von 39 Millionen Euro geplant sei, und wollten wissen, wie das definitive Jahresergebnis für 2008 ausfalle. Darüber hinaus fragten sie, in welchem

Umfang Gewinnabführungen für das Jahr 2008 an die HGV stattgefunden hätten, und baten um eine Prognose für das Jahr 2009.

Die Senatsvertreter erläuterten, dass aufgrund der Sondereffekte durch den Nießbrauch an dem Wasserwerk Haseldorfer Marsch im Jahr 2008 52,4 Millionen Euro anstelle der ursprünglich eingeplanten 39 Millionen Euro als Ergebnis ausgewiesen würden. Der Sondereffekt sei mit 13 Millionen Euro zu veranschlagen. In den Jahren zuvor seien 42 respektive 41 Millionen Euro als Ergebnis erzielt worden. Für das Jahr 2009 sei ein Ergebnis von 39 Millionen Euro veranschlagt, was sich aus dem vor Weihnachten erstellten Wirtschaftsplan ergebe, über den hinaus keine weiteren Erkenntnisse vorlägen, die eine Korrektur der Zahl notwendig erscheinen ließen.

Die GAL-Abgeordneten hielten es für sinnvoll, die Preissteigerungen an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben und damit ein Signal dafür zu setzen, dass Wasser einen Wert habe und es sinnvoll sei, weiterhin sparsam damit umzugehen. Sie äußerten wenig Verständnis für die seitens der SPD-Fraktion geäußerten Bedenken.

Die SPD-Abgeordneten entgegneten, dass für die Kundinnen und Kunden der Preis steige, wenn sie weniger Wasser verbrauchten. Da das Unternehmen Beiträge an die HGV abführe, bezahlten die Kundinnen und Kunden nicht nur das Wasser, sondern auch anderes. Das müsse klargestellt werden. Das Unternehmen hätte durchaus die Möglichkeit, die Preiserhöhungen selber zu finanzieren und die Zahlungen an die HGV zu reduzieren. Daher sei die Preiserhöhung nicht für das Unternehmen, das im Übrigen wirtschaftlich hervorragende Arbeit leiste, von Bedeutung, sondern für die Stadt.

Die Senatsvertreter wiesen darauf hin, dass jede Einnahme, resultierend aus Gebühren, Steuern oder Beiträgen, durch politische Entscheidungen gestaltbar sei. Das Recht und die Aufgabe des Parlamentes bestünden darin, Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen. Die Frage auf die aktuelle Diskussion bezogen laute jedoch, ob man willens sei, für ein Produkt sehr guter Qualität einen angemessenen Preis zu zahlen.

Die SPD-Abgeordneten baten um Mitteilung darüber, wie hoch der jeweilige Abführungsbeitrag der HWW an die HGV in den Jahren 2007, 2008 und 2009 ausgefallen sei.

Die Senatsvertreter erklärten sich dazu bereit, diese Information zu Protokoll zu geben.

Die SPD-Abgeordneten erwähnten, dass im Zuge der Haushaltsberatungen eine aktualisierte Übersicht über die Ertragslage der HGV vorgelegt worden sei. Im Zusammenhang damit stelle sich die Frage, ob aus neuerer Sicht bereits Erkenntnisse vorlägen, die eine Aktualisierung der Übersicht erforderten. In der aus den Haushaltsberatungen datierenden Übersicht seien beispielsweise noch relativ hohe Positionen der HHLA aufgelistet.

Hierzu konnten die Senatsvertreter keine Auskunft erteilen und boten an, die Information zu Protokoll zu erklären. Die Senatsvertreter merkten an, dass die HGV keine Fremdeinrichtung sei, sondern eine Einrichtung, die sich im Eigentum Hamburgs befinde. Sie erläuterten, dass die Hamburger Hochbahn einen Kostendeckungsgrad von circa 85 Prozent aufweise; würde mit der HWW nicht so verfahren wie im Augenblick, stünden der HGV weniger Einnahmen als im Augenblick zur Verfügung. Dies würde bedeuten, dass die Einnahmeverluste der Hamburger Hochbahn dann auf andere Art und Weise ausgeglichen werden müssten, was beispielsweise zu massiven Fahrpreiserhöhungen führen könnte.

Folgendes erklärte die Finanzbehörde am 29. April 2009 zu Protokoll:

Im Hinblick darauf, dass für das Geschäftsjahr 2008 der Beteiligungen der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH festgestellte Jahresabschlüsse noch nicht vorliegen, können keine konkreten Angaben zu Veränderungen gegenüber der Vorlage an den Haushaltsausschuss für seine Sitzung am 13.01.2009 gemacht werden. Das gilt auch für die dort aufgeführten Beteiligungserträge der Hamburger Wasserwerke GmbH (2007: 43.145 T€, 2008: 51.198 T€, 2009: 39.127 T€).

Allerdings lässt es sich bereits absehen, dass die geplanten Beteiligungserträge von der HSH Nordbank AG im Geschäftsjahr 2008 der HGV in Höhe von 6.918 T€ (Verzinsung stille Einlagen, vgl. Bü-Drs. 19/2677) und im Geschäftsjahr 2009 der HGV in Höhe von 28.661 T€ (aus der Wandelanleihe) nicht realisiert werden.

Die SPD-Abgeordneten formulierten die Frage an die regierungstragenden Fraktionen, ob das vorliegende Petitum bei einer Kenntnisnahme belassen oder ob über eine Gebührenerhöhung nicht sinnvollerweise im Parlament abgestimmt werden solle.

Die CDU-Abgeordneten äußerten, dass keine Bereitschaft dazu bestehe, das Petitum entsprechend zu ändern.

Daraufhin stellten die SPD-Abgeordneten den Antrag, das Petitum der Drucksache wie folgt zu ändern: Die Bürgerschaft wird gebeten, den Anhebungen der Wasserpreise zuzustimmen.

Sodann wurde über diesen Antrag abgestimmt, der mehrheitlich mit den Stimmen der CDU- und der GAL-Abgeordneten gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE abgelehnt wurde.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Haushaltsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Senatsmitteilung aus der Drs. 19/1693 zur Kenntnis zu nehmen.*

Dr. Peter Tschentscher, Berichterstattung

# Stellungnahme

des **Umweltausschusses**

an den

**federführenden Haushaltsausschuss**

über die Drucksache

**19/1693: Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH  
(HWW)  
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **Jenny Weggen**

Schriftführung: **Dr. Monika Schaal**

## **I. Vorbemerkung**

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 22. Januar 2009 die Drs. 19/1693 auf Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss überwiesen.

Der Ausschuss befasste sich mit der Drucksache abschließend in seiner Sitzung am 26. März 2009. Als Vertreter des Senats gab unter anderem der Geschäftsführer der HWW, Herr Wolfgang Werner, Auskunft.

## **II. Beratungsinhalt**

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten die vorgelegte Drucksache.

Die SPD-Abgeordneten kritisierten, dass aus der Drucksache nicht hervorgehe, aus welchen Gründen der Wasserpreis erhöht werden solle. Es sei ebenfalls unverständlich, warum die Vorlage im Schnellverfahren auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden sollte. Wissenswert seien die vom Senat erwarteten Kostensteigerungen, die die Erhöhung rechtfertigen. In der Drucksache sei nur davon die Rede, dass die zu erwartenden Kostensteigerungen ausgeglichen und das Unternehmensergebnis gesichert werden solle. Es dränge sich die Vermutung auf, dass Haushaltslöcher gestopft werden sollten. Noch 2008 hätten die HWW ihre Überschüsse an die HGV (Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH) abgeführt. Daher habe man den Eindruck gehabt, dass die HWW finanziell gut ausgestattet sei.

Der Geschäftsführer der HWW, Herr Werner, erläuterte die zugrunde liegenden Kostensteigerungen. Zum einen handele es sich um stark gestiegene Energiekosten, die mit über 1 Million Euro Mehrausgaben zu Buche schlugen. Zum anderen habe der am 30. Juni 2008 für anderthalb Jahre abgeschlossene Tarifabschluss berücksichtigt werden müssen. Dieser wirke sich auch für das Jahr 2009 mit 1,7 Millionen Euro aus. Außerdem gebe es Belastungen von circa 2 Millionen Euro bei der Altersversorgung aus dem Bilanzmodernisierungsgesetz, das erwartet werde. Das seien die größeren Posten. Insgesamt sei eine Kostensteigerung von circa 6 Millionen Euro zu verzeich-

nen, die mit den bereits genannten 3,5 Prozent Wasserpreisanhebung rechnerisch ausgeglichen würden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE meinte, mit der Einsparung von Wasser sollte ein wichtiges umweltpolitisches Ziel erreicht werden. Dies sei auch eingetreten. Die Verbraucher würden nun für ihre Sparsamkeit durch höhere Kosten bestraft. Vielmehr müsse es eine Bonusregelung für sparsame Verbraucher geben. Man dürfe nicht nur den Vergleich zu anderen Städten isoliert betrachten, wobei Hamburg mit seinen Wasserpreisen vergleichsweise moderat abschneide, man müsse auch die gesamten Lebenshaltungskosten in Hamburg im Auge behalten. 5 Euro Mehrkosten brutto pro Jahr erscheine zunächst nicht sonderlich hoch, aber es würden nicht nur die Kosten für Wasser steigen, sondern für alle anderen Dinge des täglichen Lebens auch. Es sei nicht einzusehen, warum Wasserwerke hohe Gewinne erwirtschaften sollten, die eigentliche Aufgabe sei die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser. Und wenn dann die Verbraucher auch noch Wasser einsparen würden, sei man auf dem richtigen Wege, dann bräuchten die Preise nicht erhöht werden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter seien stolz auf ihre öffentlichen Unternehmen, die sich einem nationalen Vergleich stellen könnten. Dies sei aber auch darauf zurückzuführen, dass das Unternehmen ertragsstark sei. Die Gewinne flössen zu einem Teil in den Hamburger Haushalt. Diese würden aufgrund dessen der Allgemeinheit zugutekommen. Im Bereich der Daseinsvorsorge bestehe ein erhebliches Interesse, dass die Infrastruktur aufrechterhalten bleiben würde. Dafür seien starke öffentliche Unternehmen unverzichtbar. Langfristiges Denken sei wichtig. Das Unternehmen passe sich mit seiner Preissteigerung dem allgemeinen Markt an. Die letzte Wasserpreiserhöhung sei zudem zum 1. Januar 2006 erfolgt. In den letzten Jahren sei es zu einigen Verteuerungen gekommen, insbesondere im Energiebereich. Das Unternehmen habe große Anstrengungen unternommen, diese Verteuerungen ohne Anhebung der Preise durch Effizienzsteigerungen im Unternehmen zu kompensieren. Man sei nun an eine Grenze gelangt. Weitere Kostensteigerungen müssten durch Preissteigerungen aufgefangen werden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wollte wissen, ob dies bedeute, dass das Unternehmen ohne Preissteigerungen rote Zahlen schreiben würde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bezogen sich auf das bereits Dargelegte. Es werde nicht in Abrede gestellt, dass es Gewinnabführungen an den Hamburger Haushalt gebe. Dazu seien Ausführungen erfolgt. Natürlich könne man auch innerhalb des Unternehmens noch sparen, nämlich an den unbedingt notwendigen Investitionen. Dadurch würde aber die öffentliche Infrastruktur in Mitleidenschaft gezogen. Das sei nicht wünschenswert.

Die CDU-Abgeordneten meinten, in den letzten Jahrzehnten seien einige Arbeiten verzögert oder gar nicht erfolgt. Dadurch bestehe möglicherweise ein Investitionsstau. Die Hamburger Bürgerinnen und Bürger würden fleißig Wasser sparen. Dazu sei wissenswert, ob es tatsächlich so sei, dass die HWW im Sommer viel Wasser in die Siele einspülen müsse, weil die Bürgerinnen und Bürger vielleicht sogar zu viel Wasser einsparen würden.

Der Geschäftsführer der HWW, Herr Werner, erklärte, die Zeit des Investitionsstaus sei vorbei. Dieser Stau habe sich insbesondere im Abwasserbereich ausgewirkt. In den letzten zehn bis 15 Jahren sei sehr viel modernisiert und saniert worden. Circa 150 Millionen Euro seien jedes Jahr verbaut und investiert worden. Beide Unternehmen, die HWW und die HSE (Hamburger Stadtentwässerung), hätten insgesamt 5.400 km Kanal- beziehungsweise Rohrnetz. Diese Netze müssten kontinuierlich erneuert werden. Das werde auch verfolgt und dazu benötige das Unternehmen Ertragsstärke.

Zur zusätzlichen Spülung sei zu sagen, wenn weiter so viel Wasser eingespart würde, wie in den letzten 20 Jahren, würde es in der Tat zunehmend problematisch. Die Wassereinsparung werde sich aber abflachen. Die Spülung der Siele erfolge nur punktuell. Viel problematischer seien die Wasserstandzeiten. Wenn zu wenig Wasser nachgefragt werde, stehe das Trinkwasser zu lange in den Leitungen, dadurch werde die Qualität des Wassers schlechter.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fügten an, daher sei es auch von besonderer Bedeutung, zusätzliche Bevölkerung innerhalb bestehender Infrastruktur unterzubringen. Dadurch werde die Wasserabsenkung pro Kopf kompensiert durch die Zunahme der Bevölkerung im bestehenden Siedlungsbereich. Außerdem würden weitere Kosten für zusätzliche Infrastruktur entfallen.

Die SPD-Abgeordneten wollten wissen, ob der geringere Wasserverbrauch mitursächlich sei für die steigenden Kosten. Außerdem sei wissenswert, ob es Investitionsschwerpunkte im aktuellen Jahr gebe und ob es aufgrund neuer Siedlungen notwendig sei, Neu- und Ausbauten durchzuführen.

Der Geschäftsführer der HWW, Herr Werner, erläuterte, der permanente Wasserverbrauchsrückgang bereite gewisse Probleme bei der Ausgestaltung der Kalkulation. Dies sei aber bereits seit Jahren so. Dagegen würde mit geeigneten Maßnahmen gegengesteuert, man versuche wirtschaftlicher zu werden. Dies sei auch gelungen. Der Wasserverbrauchsrückgang sei nicht ursächlich für die Kostensteigerung, vielmehr aber eine ständige Herausforderung.

17 Wasserwerke und 5.400 km Kanalnetz müssen laufend auf dem neuesten Stand gehalten werden. Mit der Grundwasserressource müsse schonend umgegangen werden. Über 350 Brunnenanlagen müssten ebenfalls systematisch erneuert, laufend gepflegt und permanent weiterentwickelt werden, neue müssten erschlossen werden. Spektakuläre Ausreißer bei den Investitionen gebe es derzeit nicht.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fügten an, eines der Hauptprobleme im Spannungsfeld Stadtentwicklung und Wasser sei die Oberflächenwasserentwässerung, also der Niederschlag, durch zunehmende Versiegelung von Flächen bei gleichzeitig zunehmenden Starkregenereignissen. Daher sei in Neubaugebieten die offene Oberflächenentwässerung interessant, beispielsweise durch Regenrückhaltebecken, um die Siele nicht zu überlasten und Überlaufereignisse aus Mischwassersielen gering zu halten. Diese Aufgabe sei eine große Herausforderung. Nach Lösungen, auch auf internationaler Ebene, werde gesucht.

Die SPD-Abgeordneten wollten zur Preissteigerung wissen, welches die spezifischen Kostenfaktoren seien, ob die Steigerung auch mit der Verfügbarkeit von Wasser zusammenhänge und welchen Anteil die Energiekosten an den Gesamtkosten hätten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, die immerwährenden großen Kostenfaktoren seien Energie, Personal und Inflation. Sonderfaktoren kämen hinzu.

Der Geschäftsführer der HWW, Herr Werner, berichtete, im Jahr 2006 seien die Gebühren um 3 Cent angehoben worden, im Jahr 2004 um 2 Cent. Im Rückblick auf die letzten zehn Jahre seien die Preise um 10 Cent angehoben worden, die Abwassergebühr um 9 Cent. In den letzten zehn Jahren sei sehr viel investiert, erneuert und ausgebaut worden. Der Anteil der Energiekosten betrage circa 8 Millionen Euro im Jahr 2009, noch einmal der gleiche Betrag sei für die HSE fällig. HAMBURG WAS-SER hätte also eine Energierechnung von circa 16 bis 17 Millionen Euro pro Jahr.

Die SPD-Abgeordneten stellten fest, die HWW strebe, wie bereits im Jahr 2008 erzielt, ein Unternehmensergebnis von 39 Millionen Euro im Jahr 2009 an. Dieser Gewinn werde an die Stadt Hamburg abgegeben. Die Wasserwerke benötigen diese Summe nicht für Investitionen und dergleichen.

Sie wollten wissen, welche technischen Veränderungen vorgenommen würden, um die Probleme, die mit dem geringeren Wasserverbrauch zusammenhängen würden, zu beseitigen oder zu vermeiden. Außerdem sei interessant, wie hoch der Anteil des Wasserwerks Curslack an der Gesamtwasserversorgung der Stadt Hamburg sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten, die Gewinnabführung solle auf gleichem Niveau gehalten werden. Würde die Abführung sinken, müsse man darüber nachdenken, wie die fehlende Summe im Hamburger Haushalt ausgeglichen werden müsse: Durch Streichen von Ausgaben oder Erhöhung von Steuern. Eine andere Möglichkeit wäre, Investitionen innerhalb des Unternehmens zu unterlassen, die Infrastruktur würde dann nicht mehr aktualisiert und langfristig Schaden nehmen.

Der Geschäftsführer der HWW, Herr Werner, erläuterte die Maßnahmen aufgrund der geringeren Wassernachfrage. Die Querschnitte der Wasserversorgungsleitungen werden bei Austausch verringert. In der Amsinckstraße beispielsweise seien vor Kurzem die 1000er Rohre, also mit einem Meter Durchmesser, durch 800er Rohre ausgetauscht worden.

Das Wasserwerk Curslack sei das größte und wichtigste Wasserwerk und ist mit 15 bis 18 Prozent an der Gesamtleistung beteiligt.

Die SPD-Abgeordneten wollten wissen, wie lange noch Wasser aus der Nordheide geliefert werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter entgegneten, das Wasserwerk Nordheide sei ein effizientes Wasserwerk, das seit 20 Jahren Wasser nach Hamburg liefere. Es sei immer mal wieder in den Schlagzeilen, weil es dort vor Ort eine rührige Aktivistengruppe gebe. Derzeit sei man im Verfahren eines neuen Wasserrechts. Man gehe davon aus, dass in diesem oder im nächsten Jahr eine neue Zuteilung des Wasserrechts erfolge.

Die SPD-Abgeordneten meinten, einerseits wolle das Unternehmen Gewinne erzielen, andererseits sollten die Bürgerinnen und Bürger Wasser einsparen. Dieses stehe im Widerspruch zueinander. Natürlich wolle man ein florierendes Unternehmen, aber auch gleichzeitig verringerten Wasserverbrauch. Es werde gefragt, ob das Unternehmen eine Diversifikation plane, um einen größeren Gewinn zu erzielen und um die verringerte Wassernachfrage zu kompensieren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, im Wasserbereich sei dies nicht einfach. Es gebe einige Versuche, Aufträge aus dem Ausland zu erhalten. Aber diese Aktivitäten befänden sich in einem Spannungsfeld, denn ursächliche Aufgabe sei die Wasserversorgung der Bevölkerung in Hamburg. Außerdem sollten Risiken gering gehalten werden. Vollkommen neue Wege sollten nicht beschritten werden.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Umweltausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 19/1693 Kenntnis zu nehmen.*

Dr. Monika Schaal, Berichterstattung